

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Fast ein Viertel der Privathaushalte in Deutschland mit Konsumentenkreditverpflichtungen

Gundi Knies
gknies@diw.de

C. Katharina Spiess
kspiess@diw.de

Der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkreditverpflichtungen ist von 1997 bis 2001 gestiegen. Im gesamten Bundesgebiet hatte im Jahre 2001 fast jeder vierte Haushalt Konsumentenkredite abzuführen; vier Jahre zuvor war es nicht einmal jeder fünfte Haushalt. Das zeigen Analysen auf Basis des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP).

Bei den Verschuldungsquoten und der Verschuldungsentwicklung gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland wesentliche Unterschiede: So liegt der Anteil der ostdeutschen Haushalte mit Kreditverpflichtungen im Schnitt um 7 Prozentpunkte über dem im Westen.

Neben der Verschuldungsquote sind auch die durchschnittlichen Beträge, die Haushalte monatlich zur Tilgung und für Zinszahlungen aufbringen müssen, gestiegen. Familien sind in der Gruppe der Haushalte mit Kreditbelastungen besonders stark vertreten; ihre Verschuldung hat stark zugenommen. Aber auch einkommensarme Haushalte gehen Konsumentenkreditverpflichtungen ein, die für sie eine hohe Belastung bedeuten: Im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums verwendeten diese Haushalte 22 % ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens zur Begleichung von Schulden, während es bei anderen Haushalten nur 16 % waren. Für stark verschuldete Haushalte spielt der weitere Ausbau einer qualifizierten Schuldnerberatung eine zentrale Rolle. Zunehmend sollte aber auch auf präventive Maßnahmen gesetzt werden. Hier wäre unter anderem an familienfreundliche Darlehen zu denken. Dabei könnten sowohl vom Staat als auch vom Bankensektor verstärkt Initiativen ausgehen.

Da die vorliegenden Daten nur fünf Jahre umfassen und lediglich bis 2001 reichen, bleibt offen, wie sich die Aufnahme von Konsumentenkrediten danach entwickelt hat. Zu vermuten ist aber, dass es einen Rückgang gegeben hat, weil Haushalte in konjunkturschwachen Phasen erfahrungsgemäß vorsichtiger agieren.

Insgesamt ist in Deutschland das Volumen der aufgenommenen Kredite im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen: Im Zeitraum 1989 bis 1999 verdoppelte sich z. B. der Umfang aller von Privatpersonen in Anspruch genommenen Konsumentenkredite auf 216 Mrd. Euro.¹ Dieser Anstieg ist nicht per se ein Problem, sondern nur dann, wenn die Zahlungsverpflichtungen die finanziellen Möglich-

¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999. Bd. 198 der Schriftenreihe des BMFSFJ. Berlin 2001, S. 34.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 17/2003

70. Jahrgang / 24. April 2003

Inhalt

Fast ein Viertel der Privathaushalte in Deutschland mit Konsumentenkreditverpflichtungen Seite 277

Zahlenbeilage

A 22127 C

keiten der Kreditnehmer übersteigen, wenn also relativ zum Einkommen (und Vermögen) sehr hohe Tilgungs- und Zinszahlungen anfallen. Hierbei ist zu beachten, dass dies prinzipiell Haushalte aller Einkommensklassen und Verschuldungshöhen – also z. B. wohlhabende Haushalte mit sehr hohen Kreditverpflichtungen genauso wie arme Haushalte mit geringen Kreditverpflichtungen – betreffen kann.

Die Ergebnisse von Erhebungen bei Schuldnerberatungsstellen² deuten darauf hin, dass die Einkommens- und Verschuldungssituation besonders von Familien mit Kindern und von einkommensarmen Haushalten problematisch ist. Darauf weist der Befund hin, dass sich diese überproportional häufig an die Beratungsstellen wenden.

Zur Bestimmung des Umfangs von Konsumentenkrediten auf repräsentativer Basis wie auch zur näheren Analyse der soziodemographischen Charakteristika verschuldeter Haushalte eignet sich das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP).³ Im SOEP wird seit 1997 erfragt, ob ein Haushalt Verpflichtungen aus Konsumentenkrediten hat und – wenn ja – welcher Rückzahlungsbetrag im Befragungsmonat zu leisten ist.⁴ Damit kann für die Jahre 1997 bis 2001 neben dem Ausmaß der Verschuldung bei privaten Haushalten auch die finanzielle Belastung der Haushalte durch eingegangene Zahlungsverpflichtungen dargestellt werden.⁵

In Tabelle 1 sind die Verschuldungsquoten für die Jahre 1997 bis 2001 ausgewiesen. Es zeigt sich, dass in dieser Zeit der Anteil von Haushalten mit Konsumentenkreditverpflichtungen tendenziell ge-

stiegen ist. Hatten im Jahre 1997 bundesweit knapp 19 % aller Haushalte Konsumentenkreditverpflichtungen, so waren es im Jahre 2001 22½ %. 2001 war also im Schnitt fast jeder vierte Haushalt verschuldet.

Verschuldungsquote im Osten besonders hoch ...

Das Verschuldungsniveau lag im Osten im Beobachtungszeitraum um durchschnittlich 7 Prozentpunkte über dem westdeutschen Niveau. Seit 1999 hat der Anteil verschuldeter Haushalte in Ostdeutschland allerdings nicht mehr zugenommen und betrug im Jahre 2001 gut 27 %.

Einer der Gründe für die insgesamt höheren Verschuldungsquoten in Ostdeutschland könnte in dem Nachholbedarf ostdeutscher Haushalte an langlebigen Konsumgütern bei gleichzeitig niedrigerem Einkommensniveau liegen. Tatsächlich hat sich die Haushaltsausstattung ostdeutscher Haushalte im Zeitverlauf dem Niveau in Westdeutschland weitgehend angeglichen, und zwar insbesondere bei teuren Gebrauchsgütern wie Personenkraftwagen oder elektrischen Haushaltsgeräten, die in Ost wie West besonders oft über Kredite finanziert werden.⁶ In beiden Landesteilen ist das Ausstattungsniveau von 1993 bis 1998 gestiegen, im Osten jedoch stärker als im Westen.⁷

... Rückzahlungsbeträge jedoch geringer

Während Haushalte in Ostdeutschland häufiger durch Schulden belastet sind, liegen die monatlichen Beträge, die sie für Zins und Tilgung von Konsumentenkrediten aufbringen müssen, unter

Tabelle 1

Verschuldung privater Haushalte in Deutschland 1997 bis 2001

Anteil verschuldeter Haushalte¹ an allen privaten Haushalten in %

	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
1997	18,8	17,5	24,4
1998	17,9	17,0	22,2
1999	21,8	20,3	28,5
2000	21,9	20,6	27,9
2001	22,4	21,2	27,4
Durchschnitt 1997–2001	20,6	19,3	26,1

¹ Verschuldung gemessen an Konsumentenkreditverpflichtungen (ohne Hypotheken und Bauspardarlehen).

Quellen: SOEP 1997 bis 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

² Vgl. z. B. Gunter E. Zimmermann: Überschuldung privater Haushalte. Freiburg 2000.

³ Das SOEP ist eine seit 1984 existierende repräsentative jährliche Befragung privater Haushalte in Deutschland. Seit der Einführung einer zusätzlichen Stichprobe im Jahre 2000 werden in Westdeutschland und Ostdeutschland über 13 000 Haushalte befragt. Vgl. Homepage der SOEP-Gruppe: www.diw.de/deutsch/sop/.

⁴ Während das SOEP auch die Belastungen durch Hypotheken und Bauspardarlehen erfragt, beziehen sich die vorliegenden Analysen nur auf Belastungen durch Konsumentenkredite.

⁵ Es ist nicht auszuschließen, dass das SOEP den tatsächlichen Anteil verschuldeter Haushalte unterschätzt, weil die Befragten bei der Frage nach Kreditverpflichtungen – neben den in dieser Frage explizit aufgenommenen und im SOEP separat erfassten Verpflichtungen durch in Anspruch genommene Bauspardarlehen und Hypotheken – nicht alle Formen der erfragten Verschuldung einbeziehen. Das Problem der unvollständigen Schuldenerfassung kann bei Umfragen jedoch nicht vollständig gelöst werden. Für die Güte der Messung im SOEP spricht, dass andere Umfragedaten ähnliche Ergebnisse zeigen. Die amtliche Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) weist für 1998 nahezu die gleichen Verschuldungsquoten wie das SOEP aus: Auf Basis der EVS können Verschuldungsquoten von 22 % im Osten und 17 % im Westen berechnet werden; vgl. BMFSFJ 2001, a. a. O., S. 33.

⁶ Vgl. BMFSFJ, a. a. O., S. 27.

⁷ Vgl. Margot Münnich und Monika Illgen: Zur materiellen Ausstattung der Haushalte von Niedrigeinkommensbeziehern. Gutachten im Auftrag des BMA. Statistisches Bundesamt. Berlin 2000, S. 18.

Verschuldung privater Haushalte seit 1997 gestiegen

Tabelle 2

Kreditbelastung¹ privater Haushalte in Deutschland 1997 bis 2001

In Euro

	Deutschland	West-deutschland	Ost-deutschland
1997	178	192	133
1998	178	192	130
1999	188	205	135
2000	198	212	151
2001	194	207	152
Durchschnitt 1997–2001	187	202	140

¹ Mittelwert der durchschnittlichen monatlichen Belastung durch Konsumentenkredite (ohne Hypotheken und Bauspardarlehen).

Quellen: SOEP 1997 bis 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

dem westdeutschen Niveau. Im Durchschnitt brachten verschuldete Haushalte in Westdeutschland monatlich 202 Euro für die Bedienung von Schulden auf, in Ostdeutschland dagegen nur 140 Euro (Tabelle 2). Während sich die Beträge in den Jahren 1997 und 1998 kaum geändert haben, gab es danach eine leichte Tendenz zu höheren monatlichen Zins- und Tilgungszahlungen. In beiden Landesteilen erhöhte sich die durchschnittliche Höhe der Rückzahlungen von 1997 bis 2001 um mehr als 16 Euro.

Haushalte mit Kindern häufig verschuldet

Manche junge Familien verschulden sich, wenn durch Kinder neue Ausgaben verursacht werden, gleichzeitig aber das Familieneinkommen sinkt, da ein Partner seine Arbeit aufgibt oder die Arbeitszeit verringert.⁸ Unter den verschuldeten Haushalten waren sowohl Alleinerziehende als

Tabelle 3

Verschuldung nach Haushaltstypen

Durchschnitt 1997 bis 2001 in %

Haushaltstyp	Anteil an allen Haushalten	Anteil an den verschuldeten Haushalten
Alleinstehende	36,8	25,0
(Ehe-)Paare ohne Kinder	28,4	26,7
Alleinerziehende	5,3	6,9
(Ehe-)Paare mit Kindern	26,9	38,8
Sonstige	2,6	(2,5)
Alle Haushalte	100,0	100,0

() Ungewichtete Fallzahl im Jahre 1999 < 30.

Quellen: SOEP 1997 bis 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Tabelle 4

Verschuldungsquoten nach Haushaltstypen und Effekten¹

2001 gegenüber 1997: Veränderung in Prozentpunkten

Haushaltstyp	Bevölkerungseffekt	Verschuldungseffekt	Gesamteffekt
Alleinstehende	0,2	0,7	0,9
(Ehe-)Paare ohne Kinder	0,2	0,7	0,9
Alleinerziehende	0,0	0,4	0,4
(Ehe-)Paare mit Kindern	–0,2	2,2	2,0
Sonstige	–0,3	–0,2	–0,5
Summe des Effekts²	–0,1	3,6	3,5

¹ Methodische Anmerkungen: Veränderungen der Verschuldungsquote eines Haushaltstyps können sich dadurch ergeben, dass (a) sich der Anteil dieses Haushaltstyps an der Bevölkerung verändert (hier: Bevölkerungseffekt) und (b) sich der Anteil der Verschuldeten innerhalb des Haushaltstyps verändert (hier: Verschuldungseffekt). Die Summe beider Effekte (hier: Gesamteffekt) ist der dem jeweiligen Haushalts-

typ zuzuschreibende Einfluss auf die Veränderung der Verschuldungsquote insgesamt. Zur mathematischen Herleitung siehe David Piachaud und Holly Sutherland: Changes in Poverty Post 1997. CASE paper 63. London 2002, S. 37.

² Die Summe des Gesamteffekts entspricht der Veränderung der Verschuldungsquote insgesamt im Jahre 2001 gegenüber 1997.

Quellen: SOEP 1997 und 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

auch Paar-Haushalte mit Kindern gemessen an ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung überrepräsentiert (Tabelle 3): 39 % der verschuldeten Haushalte waren im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums Paar-Haushalte mit Kindern, während ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung 27 % entsprach. Bei den Alleinerziehenden ist dieser Unterschied mit 7 % bzw. 5 % nicht so groß.

Tabelle 4 zeigt, wie sich die Verschuldungsquoten unterschiedlicher Haushaltstypen bis 2001 – im Vergleich zu 1997 – verändert und auf den Anstieg der Verschuldungsquote insgesamt ausgewirkt haben. Es wird zwischen einem „Bevölkerungseffekt“ und einem „Verschuldungseffekt“ unterschieden (siehe methodische Anmerkungen in Tabelle 4). Hierbei wird deutlich, dass insbesondere die verstärkte Kreditnahme von Paaren mit Kindern zu einer Erhöhung der Verschuldungsquote geführt hat: Durch sie erhöhte sich die Verschuldungsquote um 2,2 Prozentpunkte. Im Vergleich dazu haben sowohl die Kreditbelastung Alleinstehender als auch die von Paaren ohne Kinder zu einem geringeren Anstieg der gesamten Verschuldungsquote – um jeweils 0,7 Prozentpunkte – geführt.

Familienhaushalte bei der Verschuldung überrepräsentiert

Arme Haushalte nicht häufiger verschuldet ...

Steigende Verschuldungsquoten und auch die Entwicklung von Zins- und Tilgungszahlungen geben nur unzureichend Auskunft darüber, ob sich durch die Verschuldung die finanzielle Situation der

⁸ Vgl. Walter Hanesch und Peter Krause: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Reinbek bei Hamburg 2000, Kap. 3.3.6.

Tabelle 5

Verschuldung und Einkommensarmut in Deutschland 1997 bis 2001

Anteile in %

	Verschuldungsquote insgesamt	Verschuldungsquote nicht armer Haushalte	Verschuldungsquote armer Haushalte
Deutschland			
1997	18,8	19,2	15,7
1998	17,9	17,7	19,2
1999	21,8	22,3	18,1
2000	21,9	22,5	17,7
2001	22,4	22,7	19,9
Westdeutschland			
1997	17,5	17,9	14,9
1998	17,0	16,8	17,9
1999	20,3	21,1	14,1
2000	20,6	21,3	15,8
2001	21,2	21,7	17,9
Ostdeutschland			
1997	24,4	25,0	19,4
1998	22,2	22,3	20,9
1999	28,5	28,7	26,6
2000	27,9	28,1	25,2
2001	27,4	27,7	24,6

Quellen: SOEP 1997 bis 2001;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

schiede herauszuarbeiten, wurden die Haushalte auf der Basis ihres monatlichen (Nettoäquivalenz-) Haushaltseinkommens in „arme“ und „nicht arme“ Haushalte unterteilt.⁹

Tabelle 5 zeigt, dass mit Ausnahme des Jahres 1998 der Anteil der nicht armen Haushalte mit Kreditverpflichtungen höher war als der entsprechende Anteil armer Haushalte. Immerhin war im Jahre 2001 aber auch ein beachtlicher Anteil der einkommensarmen Haushalte verschuldet: In Westdeutschland hatten beispielsweise 18 % dieser Haushalte Konsumentenkredite abzuführen, das waren 3 Prozentpunkte mehr als 1997.

In Ostdeutschland ist die Verschuldungsquote armer Haushalte bis 1999 gestiegen und dann fast konstant geblieben. Von 1999 an hatte etwa jeder vierte arme Haushalt in Ostdeutschland Kreditverpflichtungen.

Im gesamten Bundesgebiet waren damit im Jahre 2001 von den rund 38,5 Mill. privaten Haushalten etwa 1 Mill. (knapp 3 %) nicht nur einkommensarm, sondern auch mit Konsumentenkrediten belastet.

... aber durch Verschuldung stärker belastet

Um den Zusammenhang von Verschuldung und Einkommensarmut noch differenzierter darstellen zu können, wird in Tabelle 6 der Anteil der monatlichen Rückzahlungsbeträge am Haushaltseinkommen für nicht arme und arme Haushalte ausgewiesen. Es zeigt sich, dass arme Haushalte im Vergleich zu nicht armen Haushalten ihre Schulden im Mittel in niedrigeren Raten begleichen. Im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2001 zahlten arme Haushalte in Deutschland ihre Kredite in monatlichen Beträgen von 103 Euro ab, während nicht arme Haushalte mit 197 Euro fast doppelt so viel aufwendeten.

Für arme Haushalte stellten die jeweiligen Rückzahlungen jedoch im Hinblick auf ihr verfügbares Haushaltseinkommen eine höhere Belastung dar. In Westdeutschland brachten im Beobachtungszeitraum arme Haushalte, die Schulden hatten, durchschnittlich 23 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Begleichung von Schulden auf, nicht arme Haushalte hingegen nur 16 %.

⁹ Als einkommensarme Haushalte gelten hierbei gemäß internationaler Konvention Haushalte, die über ein Einkommen von weniger als 60 % des bedarfsgewichteten Medianeinkommens verfügen. Für die Bedarfsgewichtung wurde die so genannte modifizierte OECD-Äquivalenzskala herangezogen; vgl. Jürgen Faik: Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995. Die Armutsgrößen wurden für Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland separat bestimmt.

Haushalte verschlechtert hat. Verfügen Haushalte beispielsweise über ein hohes Haushaltseinkommen, so mindert die Bedienung von Schulden den wirtschaftlichen Handlungsspielraum des Haushalts weniger, als wenn die gleiche Zahlungsverpflichtung von einem Haushalt mit geringen materiellen Ressourcen einzulösen ist. Um diese Unter-

Tabelle 6

Monatliche Rückzahlungsbeträge¹ für Kredite 1997 bis 2001

Anteile am Haushaltsäquivalenzeinkommen in %

	Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	Nicht arme Haushalte	Arme Haushalte	Nicht arme Haushalte	Arme Haushalte	Nicht arme Haushalte	Arme Haushalte
1997	16,0	21,6	16,4	24,4	14,4	15,1
1998	15,3	23,8	15,9	25,9	13,2	17,4
1999	15,4	23,0	16,1	24,1	13,7	20,9
2000	16,4	19,3	16,9	20,8	14,4	19,3
2001	14,7	20,1	14,7	20,9	14,4	18,9
Durchschnitt 1997–2001	15,6	21,6	16,0	23,2	14,0	18,3
<i>Nachrichtlich:</i> Monatliche Rückzahlung in Euro (Durchschnitt 1997–2001)	197	103	211	113	151	81

¹ Um die Kreditbelastung von Haushalten miteinander vergleichen zu können, wurden die Zinszahlungen und Tilgungen durch die Summe der individuellen Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder geteilt. Dies berücksichtigt die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte. Für die Bedarfsgewichtung wurde die so genannte modifizierte OECD-Äquivalenzskala herangezogen.

Quellen: SOEP 1997 bis 2001; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Auch in Ostdeutschland sind arme verschuldete Haushalte stärker durch Kredite belastet als nicht arme Haushalte. Gegenüber den Haushalten in Westdeutschland fällt das durchschnittliche Verhältnis zwischen Rück- und Zinszahlungen und dem Einkommen jedoch etwas geringer aus: Arme Haushalte verwendeten im Durchschnitt 18 % ihres Haushaltseinkommens für die Tilgung von Krediten, nicht arme Haushalte nur 14 %. Trotz der insgesamt höheren Verschuldungsrate stellt sich also die Verschuldungssituation – gemessen am Anteil, den die Bedienung von Schulden am Haushaltseinkommen ausmacht – für arme Haushalte in Ostdeutschland etwas günstiger dar.

Sozialpolitische Schlussfolgerungen

Die Bundesregierung hat in ihrem Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahre 2001 angekündigt, sich verstärkt für die Verbesserung der Ein-

kommens- und Verschuldungssituation privater Haushalte einzusetzen.¹⁰ Ein Ausbau des Beratungsangebots qualifizierter Schuldnerberatungsstellen spielt hierbei eine zentrale Rolle. In Anbetracht steigender Verschuldungsquoten sollte jedoch zunehmend auf präventive Maßnahmen gesetzt werden. Hier wäre an die Entwicklung und Konzeption familienfreundlicher Darlehen zu denken; Initiativen könnten dabei sowohl vom Staat als auch vom Bankensektor ausgehen. Außerdem wäre in diesem Zusammenhang die Einführung oder die Intensivierung von Unterrichtseinheiten an Schulen, in denen die Risiken bestimmter Finanzierungsformen aufgezeigt werden und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Geld gefördert wird, zu befürworten.¹¹

Auch präventive Maßnahmen erforderlich

¹⁰ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): *Lebenslagen in Deutschland – Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Berlin 2001.

¹¹ Vgl. BMFSFJ, a. a. O.



Veranstaltungshinweis

Das DIW Berlin veranstaltet am 12. und 13. Juni 2003 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften einen Workshop zu

Sustaining Innovation and Growth: Public Policy Support for SMEs – Conception and Evaluation

Innovative activity is a central element shaping both the competitiveness and economic development of nations and regions. The capacity to innovate has been shown to serve as the driving engine of economic growth and job creation. New firm foundations and small/medium-sized enterprises (SMEs) have increasingly been recognized as an important source of such innovative activity. However, SMEs face specific problems due to potential market failures and severe problems of asymmetric information. SMEs are also more embedded in the regional innovation system and thus more dependent on the regional knowledge infrastructure. Many policy programs aim at enhancing the innovation effectiveness of SMEs. The purpose of our workshop is to bring together leading international researchers and policy-makers to discuss current issues such as

- Sources of Innovation: Entrepreneurs and SMEs
- The Role of New Firms and Entrepreneurship in Regional Innovation Systems
- Financing Innovations in SMEs
- Public Programs to Support Entrepreneurs and SMEs: Conception and Evaluation
- Public Policy Support for SMEs: Experience and Outlook

from an international perspective, and to develop an agenda aimed at improving the efficiency of the public policy support for SMEs.

Nähere Informationen erhalten Sie über:

Birgit Soete (*bsoete@diw.de*)
Dr. Andreas Stephan (*astephan@diw.de*)

Tel. : 030-897 89-348
Fax : 030-897 89-103
www.diw.de

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Georg Meran (kommissarisch)
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter *www.diw.de*

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin